

Elf Thesen zur Krisenpolitik der EU am Beispiel Griechenlands

1. Griechenland befindet sich seit nunmehr fünf Jahren in einer schweren Wirtschaftskrise mit weitreichenden sozialen Verwerfungen für die griechische Bevölkerung. So beträgt z.B. die Arbeitslosigkeit 30 Prozent, die der Jugendlichen sogar 60 Prozent; Löhne und Gehälter sind um ein Drittel gesunken; das Gesundheitssystem ist in weiten Teilen zusammengebrochen; immer mehr Menschen verlieren ihre Wohnungen. Das ist das Ergebnis der Austeritätspolitik (Kürzungspolitik) der „Troika“ (EZB/EU/IFW), die von den griechischen Regierungen umgesetzt wird.
2. Mit beständigen politischen und medialen Lügen über die „faulen Griechen“ und den vermeintlichen Wohltaten der „Griechenlandhilfe zu Lasten der deutschen Steuerzahler“ soll zwischen den Lohnabhängigen der EU-Staaten ein Keil getrieben werden. Gegenseitige Unterstützung und internationale Solidarität gegen die Spardiktate sollen verhindert werden. Denn Griechenland ist das europäische Versuchslabor für die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung.
3. Der Auslöser der europäischen Krise war die Finanzkrise 2008/09, in deren Verlauf sogenannte systemrelevante Banken in vielen europäischen Ländern von deren Regierungen und von europäischen Institutionen (z.B. EZB) mit aufwändigen Milliardenpaketen vor der Pleite gerettet wurden. Da in der „Realwirtschaft“ immer weniger Profite erzielt werden konnten, wurden Geschäfte mit völlig unsicheren Krediten getätigt. Diese Blase musste über kurz oder lang platzen. Mit dieser Bankenrettung verwandelten die Politiker die Schulden der Banken in Schulden der Staaten und somit der Bevölkerung.
4. Verschärft wurde die Finanzkrise durch den EURO-Mechanismus in der EU: Eine Gemeinschaftswährung unter Ländern mit völlig unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Strukturen und Standards, die sich noch dazu in einer Standortkonkurrenz befinden, ist ohne Ausgleichmechanismen (Auf- Abwertungen von Währungen oder Finanzausgleich) höchst krisenanfällig.
5. In ihrer „Schockstrategie“ zur „Krisenbewältigung“ erweisen sich die Europäische Kommission, der Internationale Währungsform sowie die einzelnen nationalen Regierungen besonders deutlich als Dienstleistungsunternehmen für Banken und Konzerne und zur Sicherung von Investitionen und Kapitalanlagen. Bankenrettungen, Haushalts- und Lohnkürzungen, Deregulierungen im Tarifwesen, Abbau von Renten- und Sozialleistungen sowie Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen sind wesentliche Elemente dieser Strategie. „Hartz IV für Europa“, ist dabei die Devise der deutschen EU-Politik und führt zu verheerenden sozialen Auswirkungen.
6. In Krisenländern, die Kredite aus dem europäischen Rettungsfond erhalten, mutieren Regierungen und Parlamente zu Befehlsempfängern der „Troika“, einem nicht demokratisch legitimierten Gremium aus EU Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond.
7. Die deutsche Volkswirtschaft, insbesondere die von Deutschland aus agierenden Banken und Konzerne sind der Gewinner in diesem Wirtschafts- und Währungssystem. Besonders mit der Agenda 2010 sowie mit Dumpinglöhnen, Leiharbeit, dem Abbau von Sozial- und Rentenleistungen wurde der Konkurrenzvorteil gegenüber den übrigen EU-Staaten so verbessert, dass er in Deutschland zu hohen Exportüberschüssen und in vielen EU Ländern zu hohen Handelsbilanzdefiziten führte. Über Verschuldung dieser Länder wurde der deutsche Exportüberschuss finanziert.
8. Von dieser Politik wird Deutschland nicht verschont bleiben. Wenn der Sozialabbau und die

weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte in den Krisenländern "exekutiert" wurden, wird uns mit Sicherheit eine Agenda 2020 aufgetischt, die der "Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschland" dienen soll und nach der Sozialleistungen, Lohnentwicklungen und Arbeitsbedingungen in der Spirale weiter nach unten rutschen würden. Bei dieser Krisenstrategie handelt es sich um einen Klassenkampf von oben! Dem kann nur europaweit durch entschiedene soziale und solidarische Kämpfe von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Parteien begegnet werden.

9. Als Reaktion auf die Krise verstärken sich in ganz Europa nationalistische, chauvinistische und offen rassistische Strömungen. Die Krise ist zwar nicht die Ursache dafür; sie wirkt aber als Katalysator, indem sie soziale Auseinandersetzungen um vermeintlich enger gewordene Verteilungsspielräume anheizt und Abstiegsängste von Mittelschichten befeuert. Migranten, "faule Südländer" oder sozial ausgegrenzte Menschen sind als Hassobjekte auch im Sinne der Herrschenden gut geeignet, um von den systemischen Ursachen dieser Krise und von ihren Profiteuren abzulenken.

10. Diese Thesen beschreiben das Grunddilemma und den „Geburtsfehler“ der EU. Im Mittelpunkt des Projekts standen von Beginn an nicht die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung sondern die Interessen der ökonomisch Herrschenden. Die EU verfolgt seit ihrer Entstehung mit ihrer Wettbewerbs- und Marktideologie in erster Linie das Ziel, die Kapitalverwertung auf einem möglichst deregulierten ("freien") europäischen Markt zu optimieren. Diese ökonomische Ausrichtung wurde in dem Vertrag von Lissabon faktisch in eine Verfassung gegossen. Die Konstruktion der EU-Institutionen mit ihren unzureichenden Kontroll- und Initiativrechten des EU-Parlaments sowie mit Eingriffsrechten nicht gewählter EU-Institutionen in die Haushaltsrechte nationaler Parlamente sollen für die „marktkonforme Demokratie“ (Merkel) sorgen.

11. Sich wirkungsvoll der herrschenden Politik entgegen zu stellen, bedarf des europaweiten Widerstands und der internationalen Solidarität. Gefordert sind hierbei insbesondere die Gewerkschaften, die sozialen Bewegungen und die linken Parteien. Die Zukunft liegt im gemeinsamen Kampf für den Bruch mit der Politik der gegenwärtigen EU und für ein solidarisches, soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa.

Dies setzt als erste Schritte (in Griechenland und in anderen betroffenen Staaten) voraus:

- Auflösung der Troika und ein Ende von deren Kürzungsvorgaben.
- Öffentliche Überprüfung der Schulden und Streichung der illegitimen Schulden (Schuldenschnitt).
- die Banken, die sich nur mit Hilfe staatlicher Rettungspakete am Leben erhalten konnten, sind zu vergesellschaften.

28.1.2014